

The Day After

Die ungarische Kulturpolitik nach Viktor Orbán

geschrieben von Katarzyna Wielga-Skolimowska

Im April 2026, acht Tage nach dem Wahlsieg der TISZA-Partei in Ungarn, der zum Abtritt Viktor Orbáns als Regierungschef nach 16 Jahren führte, veröffentlichte eine Gruppe von Kulturfachleuten ein Zwölf-Punkte-Papier zum Neuaufbau des ungarischen Kunstbetriebs. Die Autorinnen und Autoren forderten, dass ein eigenständiges Kulturministerium eingerichtet, die Unabhängigkeit des Nationalen Kulturfonds NKA wiederhergestellt und die Macht der Ungarischen Kunstakademie MMA begrenzt werden müsse. Fast gleichzeitig legte die ungarische Sektion des internationalen Kunstkritikerverbandes AICA ein Hintergrundpapier vor, dessen Kernpunkte nahezu identisch sind. Damit begann eine Debatte, die weit über die ungarische Kulturpolitik hinausweist: Wie lässt sich ein über 16 Jahre politisch umgebautes System öffentlich geförderter Kultur erneuern, ohne es lediglich mit anderem Personal und unter umgekehrten politischen Vorzeichen fortzuführen? Denn der »Day After«, der Tag nach einem politischen Umbruch, ist nicht die Stunde Null. Regierungen können abgewählt werden. Institutionen aber bewahren die Spuren der Macht: in Gesetzen und Verträgen, in Leitungsgremien, Eigentumsverhältnissen und Förderkriterien. Nicht zuletzt auch in den Gewohnheiten und Abhängigkeiten, die sich über Jahre herausgebildet haben. In einem Interview für die neue Ausgabe von »fünf zu eins«, der Publikation der Kulturstiftung des Bundes, beschreibt die Budapester Galeristin Margit Valkó, wie unmittelbar nach der Wahl Orbáns Fidesz-Partei im Jahr 2010 der Umbau der ungarischen Kulturlandschaft begann. Zur Personalpolitik von Entlassungen und Neubesetzungen an der Spitze nationaler Museen oder Theater kam die schrittweise Entmachtung fachlich und öffentlich legitimierter Institutionen und Förderstrukturen. An ihre Stelle trat unter anderem die Ungarische Kunstakademie MMA, die seit 2011 sogar im Grundgesetz verankert ist.

Die Akademie ist eng mit der Regierung verbunden und wurde mit beträchtlichen staatlichen Mitteln, Immobilien und kulturpolitischen Befugnissen ausgestattet. Ihr damaliger Präsident György Fekete erklärte, Mitglieder müssten ein »eindeutiges nationales Empfinden« erkennen lassen. Ordentliche Mitglieder erhalten heute eine lebenslange (!) monatliche Zuwendung von umgerechnet rund 1.250 Euro. Die MMA gewann Einfluss auf Förderentscheidungen und staatliche Kunstpreise und bestimmte sogar die Programmatik der Budapester Kunsthalle Múcsarnok. Um die Akademie entstand ein Geflecht aus Ämtern, materiellen Privilegien und persönlichen Loyalitäten. Ähnliches passierte auch beim Nationalen Kulturfonds NKA. Bei dem einst staatsfernen Förderinstrument, um Projekte aller Kunstsparten über Ausschreibungen und Fachgremien zu finanzieren, wurden die Entscheidungsverhältnisse in seinen Gremien zugunsten der Regierung umgebaut und ein erheblicher Teil der Mittel der direkten Verfügung des Ministers unterstellt.

Wie weit ein Fördersystem unter solchen Bedingungen ausgehöhlt werden kann, ist inzwischen Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen. Die ungarische Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts, dass rund 50 Millionen Euro aus dem Kulturfonds in mehr als tausend Fällen zweckwidrig ohne inhaltliche Prüfung, manchmal gar ohne Antrag, an Fidesz-nahe Personen und Organisationen vergeben wurden. Mehrere Personen, auch der zuständige Minister Hankó, sitzen wegen des Verdachts der Veruntreuung seit September in Untersuchungshaft.

Anne Applebaum beschreibt in »Autocracy Inc«, wie moderne autoritäre Systeme funktionieren. Sie werden nicht notwendigerweise von einer in sich geschlossenen Ideologie zusammengehalten. Vielmehr basieren sie auf einer Verbindung von ideologischer Rechtfertigung, Vetternwirtschaft und gegenseitiger Absicherung. Die Institutionen bleiben formal bestehen, doch ihre Funktion verändert sich: Aus einst unabhängigen Einrichtungen werden Instrumente zur Verteilung von Ressourcen, von Anerkennung und von Einfluss.

Das Volumen der für den Kultursektor eingesetzten öffentlichen Gelder ist in Ungarn im vergangenen Jahrzehnt erheblich gestiegen. Die größte Herausforderung liegt also nicht in

Finanznot, sondern darin, das verknotete System der öffentlichen Kulturförderung überhaupt wieder zu entflechten. Allein um die Macht der Kunstakademie einzuschränken, braucht es Änderungen der Verfassung und dutzender Gesetze, in denen die Orbán-Regierung die Macht der Akademie verankert hat.

Der ungarische Fall zeigt, wie zerbrechlich öffentlich getragene Kultur ist und wie schnell sie ausgehöhlt werden kann. Deswegen ist es zentral, sich für plural besetzte Institutionen und verlässliche, sichere Verfahren einzusetzen und sie immer wieder zu verteidigen. Gegen jede Einflussnahme, egal aus welcher Richtung. Öffentlich getragene Kulturförderung ist eine demokratische Infrastruktur, um die wir uns fortwährend kümmern müssen.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 11-12/2026](#)